

Ewigkeitschemikalien: Länder aktualisieren Vorschlag für PFAS-Verbot

Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Schweden haben ihren Vorschlag für ein Pauschalverbot von Per- und polyfluorierten Alkylverbindungen ([PFAS](#)) aktualisiert. Er sei das Resultat aus mehr als 5.000 wissenschaftlichen und technischen Stellungnahmen während einer [Konsultation im Jahr 2023](#), schreibt die EU-Chemikalienbehörde (ECHA).

In dem neuen Vorschlag werden neue Sektoren für die PFAS-Reglementierung berücksichtigt. [Darunter](#) maschinelle, medizinische und militärische Anwendungen sowie Sprengstoffe, technische Textilien und einige industrielle Zwecke.

Zwar befürworten die fünf Länder weiter eine Pauschalbeschränkung von Ewigkeitschemikalien, jedoch haben sie auch [einige Ausnahmen](#) sowie zeitliche Beschränkungen hinzugefügt: zum Beispiel in der Elektronik- und Halbleiterherstellung sowie im Transport- und Energiesektor. In diesen Anwendungsbereichen gibt es laut dem Vorschlag bislang kaum Alternativen, oder man benötigt PFAS beispielsweise, um andere EU-Ziele im Klimabereich zu erreichen.

PFAS sind Stoffe, die sich in der natürlichen Umwelt nicht abbauen. Und sie können für die menschliche Gesundheit und die Umwelt schädlich sein. Sie werden auch Ewigkeitschemikalien genannt. Es gibt jedoch mehr als 10.000 unterschiedliche PFAS-Verbindungen, was Verbote erheblich erschwert.

Die finale Stellungnahme will die ECHA bis Ende des Jahres vorlegen. Anhand dieser wird die Kommission anschließend einen legislativen Vorschlag ausarbeiten. Lukas.Knigge